Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement monatlich 50 Pf., mit Trägerlohn 70 Pf.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pf.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner  Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Sonnabend, den 16. März 1889. Nr. 127.

Stadthaushalts-Plan von Stettin
für das Jahr 1889 90.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten wurde ausgefüllt mit der Berathung des Stettiner Stadthaushaltsplans pro 1889/90. Das Ordinarium desselben schließt in Einnahme mit 5,795,218 Mark 96 Pf., in Ausgabe mit 5,724 435 Mark 31 Pf., ergiebt sonach eine Mehreinnahme von 70,783 Mark 65 Pf. (Der Etatsentwurf pro 1888/89 schloß in Einnahme mit 5,396,403 Mark 71 Pf., in Ausgabe mit 5,331,419 Mark 83 Pf., ergab also eine Mehr einnahme von 64,983 Mark 88 Pf.) — Es heißt in der Einleitung: „Der Ueberschuß aus Vorjahren, welcher demselben zufließt, beziffert sich um rund 109,580 Mark niedriger, als derjenige, welcher dem Jahre 1888/89 zugeflossen ist. (In Titel XVII: Deckung des Bedarfs, sind in Einnahme gestellt als Ueberschuß des Ordinarii pro 1887/88 226,349 Mark 75 Pf., während dem vorjährigen Etat 335,930 Mark 41 Pf. als Ueberschuß zu Gute gekommen sind.) Außerdem erheischt eine ganze Reihe von Verwaltungstiteln Mehrzuschüsse, welche die beträchtliche Höhe von rund 240,000 Mark erreichen, während gleichzeitig für Verzinsung und Amortisation der neuen Anleihe 45,000 Mark mehr beansprucht sind. — Dem gegenüber können allerdings die Gemeindesteuern, nach dem bisherigen Satze gerechnet, mit rund 55,000 Mark höher angesetzt, sowie an Mehrüberschüssen der Gasanstalt und Wasserleitung ungefähr die gleiche Summe veranschlagt werden und wird ferner die Mehrausgabe für die neue Anleihe durch die in Folge der Konvertirung und der fortschreitenden Tilgung herbeigeführte Ersparniß bei Verzinsung der älteren Anleihe ausgeglichen. Auch schließen noch einige andere Titel mit einem kleinen Vortheile gegen das laufende Jahr ab und ist endlich die Einnahme an staatlichen Vieh und Getreidezöllen mit einer Schätzungssumme von rund 50,000 Mark eingestellt. — Indessen alle diese Mehrbeträge reichen bei Weitem nicht hin, den vorhandenen Bedarf zu decken, vielmehr stellt sich eine Erhöhung der Gemeindezuschläge als nothwendig heraus und beantragen wir demnach, dieselben unter Befolgung der Vorschrift in § 9 der hiesigen Gemeindesteuerordnung, nach welcher bei Erhöhung oder Herabsetzung der Steuersätze das jetzt bestehende Beitragsverhältniß der verschiedenen Zuschläge festzustellen ist, durchgehends um $^1/_8$ der bisherigen Sätze zu erhöhen, also die Zuschläge zur Einkommen- und Klassensteuer von $133^1/_3$ auf 150 Prozent, zur Grundsteuer von 75 auf 84 Prozent, zur Gebäudesteuer von 50 auf 56 Prozent und zur Gewerbesteuer von 25 auf 28 Prozent. Auf das Bevorstehen einer solchen Erhöhung ist schon im Jahre 1885/86 bei der damals vorgenommenen Herabsetzung des Gebäudesteuerzuschlags und des Gaspreises ausdrücklich hingewiesen. Durch das fortschreitende Wachsen der Verwaltungsausgaben, namentlich für das Schulwesen und die Unterhaltung der Straßen, dem jetzt noch das Fortfallen des Schulgeldes an den Volksschulen und die Uebernahme der Kosten für den Volksschulbau auf das Ordinarium hinzugetreten sind, wird dieser Schritt zur Unvermeidlichkeit, und zwar um so mehr, als auch für das laufende Jahr Angesichts der beträchtlichen Nachbewilligungen ein wesentlich höherer Rechnungsüberschuß nicht zu erwarten, mithin eine günstige Gestaltung der Deckungsmittel auch für das Haushaltsjahr 1890/91 nicht anzunehmen ist. — Die bisherigen Steuersätze haben, abgesehen von der im Jahre 1885/86 erfolgten Herabsetzung des Gebäudesteuerzuschlags von 75 auf 50 Prozent, seit dem Jahre 1880/81 unverändert bestanden. Ob die jetzt vorgeschlagenen Sätze eine gleiche Dauer erreichen werden, dürfte zunächst davon abhängen, wie die Gesetzgebung die gegenwärtig vorliegenden Fragen, betreffend die Aufbringung der Kosten für die königlichen Polizeiverwaltungen in den Stadtgemeinden und betreffend die Reformen der Staatssteuern, sowie die beabsichtigte Ueberweisungen an die Gemeinden lösen wird."

Der Rechnungsabschluß des laufenden Etatsjahres wird sich kaum günstiger stellen als derjenige des verflossenen Jahres. Allerdings werden sich nicht unerhebliche Mehreinnahmen an Gemeindesteuern sowie bei der Gasanstalt und Wasserleitung ergeben. Dafür ist aber auch eine sehr große Zahl von Nachbewilligungen erforderlich gewesen, deren Betrag im Ordinarium für die drei ersten Vierteljahre allein die Höhe von rund 222 300 Mark erreicht. Von sehr wesentlichem Einflusse auf die Gestaltung des Jahres abschlusses wird der Ausfall des Verwaltungsstreites sein, welcher über einen Steuerbetrag von 70,000 Mark zur Zeit noch in erster Instanz schwebt. — Die Nachweisung der Gehälter der Magistratsbeamten pro 1889—90 enthält 156 Beamte (gegen 155 in den beiden Jahren vorher), die Gesammtsumme 302,193 Mark (gegen 301,028 Mark im Vorjahre, 299,903 Mark pro 1887—88, 295,086 Mark pro 1886—87, 297,138 Mark pro 1885—86, 296,898 Mark pro 1884—85, 299,563 Mark pro 1883—84, 301,558 Mark pro 1882—83). Von dieser Summe entfallen auf die städtische Sparkasse 16,935 Mark (gegen 16,620 Mark im Vorjahre, 14,595 Mark pro 1887—88). Abzuziehen sind von der Summe 960 Mark, hinzuzufügen 510 Mark, so daß im Falle der Genehmigung die Gesammtsumme der Beamtengehälter 301,743 Mark betragen würde.

Das Referat hatte namens der Finanz-Kommission Herr Cohn übernommen; derselbe hebt hervor, daß sich die Finanz-Kommission nicht in der Lage befinde, die von dem Magistrat beschlossene Steuererhöhung abzuwenden, dieselbe erscheine unumgänglich, dagegen ist vorauszusehen, daß die beschlossene Erhöhung eine Reihe von Jahren reichen wird, den Anforderungen der Stadt zu genügen. Von einer Generaldebatte wurde Abstand genommen, sondern sofort in die Berathung der einzelnen Titel eingetreten.

Titel I. (Allgemeine Verwaltung) schließt in Einnahme mit 240,636.80 Mark, in Ausgabe mit 484,670.13 Mark, bleibt ein Zuschuß von 244,033.33 Mark, gegen das Vorjahr ein Minderzuschuß von 1360.12 Mark. Herr Kuhr verneint, daß bei diesem, wie bei den übrigen Titeln der Miethswerth der städtischen Gebäude mit 5 Prozent in Ansatz gebracht sein, er hält einen Prozentsatz von 4 Prozent für ausreichend. Herr Greffrath entgegnet, daß durch eine derartige veränderte Buchung eine Aenderung des Etats nicht herbeigeführt werde. Herr Graßmann schließt sich der Meinung des Herrn Kuhr an, er hält es für das Beste, wenn die Einsetzung des Miethswerths überhaupt nicht in den Etat käme. — Nach einer Entgegnung des Herrn Kämmerer Schlesack, welcher die Eintragung des Magistrats vertheidigt, ist die Sache erledigt. — Weiter werden zu diesem Titel keine Einwendungen gemacht, auch nicht bei

Titel II. (Kirchliche Angelegenheiten), welcher keine Veränderung erfahren; die Ausgaben, denen keine Einnahmen gegenüber stehen, erfordern wie im Vorjahr 6816.88 Mark.

Titel III. (Schul-Verwaltung) zeigt eine Einnahme von 373,251.87 Mark, eine Ausgabe von 1,216,935.66 Mark, so daß ein Zuschuß von 843,683.79 Mark nothwendig wird, dies ergiebt gegen den vorjährigen Etat einen Mehrzuschuß von 103,710.69 Mark. Dieser erhebliche Mehrzuschuß ist durch den Fortfall des Schulgeldes in den Volksschulen leicht erklärt, der hierdurch entstandene Ausfall beträgt ca. 100,900 Mark, dagegen der vom Staat zu zahlende Zuschuß — abgesehen von der durch die neuerliche Gesetzesvorlage in Aussicht gestellten Erhöhung — nur 48 650 Mark, die Mehreinnahme an Schulgeld bei den höheren und Mittelschulen ist auf rund 15,600 Mark veranschlagt. Da zufolge Gemeindebeschlusses die Kosten für den Bau neuer Volksschulen künftig aus den laufenden Einnahmen bestritten werden sollen, so schlägt der Magistrat vor, die Einnahme an staatlichen Vieh und Getreidezöllen, welche bisher zur Tilgung des Straßenbau-Vorschuß-Kontos verwendet wurde und für das laufende Jahr 63,645 Mark betragen hat, nunmehr für den vorliegende Zweck zu verwenden. Dieselbe ist daher bei Kap. 30 des Titels behufs der Abführung an das im Extra-Ordinarium anzulegenden Bau Konto eingestellt. Die Angemessenheit dieses Vorschlages sucht der Magistrat durch den Hinweis zu rechtfertigen, daß der Bau zweier neuer Volksschulen mit einem Kostenaufwand von fast 300,000 Mark unmittelbar bevorsteht und hierauf auch bereits 50,000 Mark als erste Baurate in dem neuen Haushaltsplan eingestellt sind. Zur Tilgung dieser Baukosten würden bei einer jährlichen Abführung von 50- bis 60,000 Mark 5 bis 6 Jahre erforderlich sein, nach deren Verlauf wiederum ein Bedarf nach weiterer Vermehrung der Volksschulen mit Sicherheit zu erwarten steht. — Im Etatsjahr 1889/90 wird der Zuschuß für den Kopf des Schülers betragen: in den Gymnasien 101.52 Mark, in der höheren Töchterschule 29.19 Mark, in den Mittelschulen 32.11 Mark und in den Volksschulen 49.02 Mark, im Durchschnitt 52.29 Mark oder 2.03 Mark mehr als im Vorjahre. Die Schülerzahl beträgt in den städtischen Gymnasien 1612, in der höheren Töchterschule 415, in der Mittelschulen 1793 und in den Volksschulen 10 301 (gegen 1603 — 410 — 1370 und 10,427 im Vorjahre).

Von Seiten der Finanz-Kommission ist folgender Antrag eingebracht: „Der Magistrat wird ersucht in Erwägung zu ziehen, ob es sich nicht empfehle, Verhandlungen wegen Uebernahme der die städtischen Gymnasien seitens des Staats anzuknüpfen". — Der Referent empfiehlt Annahme des Antrages, ebenso Herr Aron, beide halten den Staat für verpflichtet, die Sorge für die Gymnasien zu übernehmen, auch für die Lehrer an diesen Anstalten sei die jetzige Zwitterstellung nicht angemessen. Den Einfluß, den die Stadt jetzt auf diese Schulen habe, sei ein sehr geringer. Herr Justizrath Werner ist gegen den Antrag, er glaubt, daß derselbe in Folge einer momentanen Verstimmung einiger Mitglieder der Finanz-Kommission hervorgegangen sei. Herr Dr. Amelung widerspricht dem, er glaubt aber, daß die Etat-Berathung nicht die Gelegenheit biete, die Sache näher zu erörtern. Herr Dr. Dohrn stellt den Antrag, die Resolution nicht weiter zu berathen, sondern die Sache auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zu setzen. Dieser Antrag wird angenommen.

Weiter beantragt die Finanz-Kommission, von den auswärtigen Schülern der Knaben-Mittelschulen vom 1. April ab einen Zuschlag von 12 Mark zu erheben. Herr Schulrath Dr. Krosta entgegnet, daß der Magistrat hierzu bereits Stellung genommen und sich mit dem Antrag einverstanden erklärt habe. Herr Kurz hält den beantragten Zuschlag für zu gering und beantragt, denselben auf 24 Mark festzusetzen. Herr Schulrath Dr. Krosta bittet, es bei dem Vorschlage der Finanz-Kommission zu belassen. Herr Dr. Rühl schlägt vor, diesen Antrag erst dann zu berathen, wenn die bereits früher in Erwägung gegebene Herabsetzung des Schulgeldes für hiesige Schüler zur Besprechung komme. Dieser Vertagungsantrag wird jedoch abgelehnt.

Herr Kurz führt zur Begründung seines Antrages an, daß die Stadt keine Veranlassung habe, für die auswärtigen Schüler hohe Zuschüsse zu zahlen, der Zuschlag für die Mittelschulen sei auf 32.11 Mark pro Schule veranschlagt, die Stadt müsse also selbst bei einem Zuschlag von 24 Mark noch über 8 Mark für jeden Schüler zuzahlen.

Herr Dr. Kohlisch bittet, nicht nur aus finanziellen Gründen dem Kurz'schen Antrag zuzustimmen, sondern auch um einer Ueberfüllung der Mittelschulen durch auswärtige Schüler vorzubeugen. Redner monirt es, daß in den Mittelschulen die fakultativen Unterrichtsstunden zwischen den obligatorischen Unterricht gelegt werden, dies sei ungesetzlich und es werde dadurch der Schulbesuch künstlich gesteigert, denn der fakultative Unterricht werde eben deshalb von sämmtlichen Schülern besucht. Es sei Thatsache, daß nur zwei amerikanische Schüler den fakultativen Unterricht besuchen, man munkelt sogar deshalb nicht besuchen, weil sie sich ihre englische Muttersprache nicht verderben wollen. Eine Steigerung des Schulbesuchs der Knaben-Mittelschüler werde ferner dadurch bedingt, daß von vielen die Oberklassen derselben nur besucht werden, um sich in bequemer Weise zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst vorzubereiten. Redner zweifelt nicht, daß bei Annahme des Kurz'schen Antrages die Zahl der Schüler in solcher Weise abnehme, daß der bereits in Aussicht genommene Anbau zur Barnimschule unterbleiben könnte.

Herr Dr. Krosta bestreitet, daß eine künstliche Steigerung der Schülerzahl vorgenommen werde, die Zunahme der Schülerzahl liege in den heutigen Verhältnissen. Wenn viele Schüler an dem fakultativen englischen Unterricht theilnehmen, so hält Redner dies für kein Unglück, es freue ihn im Gegentheil.

Herr Graßmann findet nicht, daß die Leistungen der Mittelschulen so erfreulich seien, als dies stets vom Herrn Schulrath hervorgehoben Weiter glaubt Redner, daß eine Erhebung des Zuschlags vom 1. April ab nicht mehr möglich sei, man müsse den Eltern doch ein Recht der Kündigung einräumen; man könne die Schüler nicht plötzlich entlassen, wenn für dieselben ein Zuschlag nicht gezahlt wird. Der Redner beantragt, einen etwaigen Zuschlag erst zum nächsten Semester eintreten zu lassen.

Herr Dr. Kohlisch hält eine künstliche Steigerung der Schülerzahl deshalb für vorliegend, weil die Schüler in der 1. Klasse oft mehrere Jahre zurückgehalten werden mit der Aussicht, das Einjährig-Freiwilligen-Examen machen zu können.

Nach einem Schlußwort des Referenten wird der Antrag der Finanz Kommission angenommen.

Herr Dr. Dohrn stellt den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, möglichst bald eine genaue Frequenzliste der einzelnen Klassen der Knaben-Mittelschulen der Versammlung zugehen zu lassen. — Die Versammlung beschließt demgemäß.

Weitere wesentliche Einwendungen werden gegen Titel III. nicht gemacht.

Titel IV. (Aufwendungen für gemeinnützige Zwecke) schließt in Einnahme mit 5065 Mark, der eine Ausgabe von 54,963.47 Mark gegenüber steht, so daß ein Zuschuß von 49,898.47 Mark verbleibt, gegen das Vorjahr um 10,351.76 Mark mehr. Die Mehrforderung ist bedingt durch die Ergänzung der Anlagen vor dem Königsthor, wofür 10,000 Mark eingestellt sind. Als Unterstützung für das Schauspielhaus ist in diesem Jahre nicht nur die unentgeltliche Hergabe von Gas an den Direktor bis zu dem Betrage von 5800 Mark wie bisher eingestellt, sondern es wird auch ein Baarzuschuß an den Direktor in Höhe von 3200 Mark verlangt. Die Einstellung dieser Summe ist in Folge eines Gesuches des Herrn Direktor Cabisius erfolgt, in welchem derselbe hervorhebt, daß es ihm nicht möglich wäre, das Theater unter obwaltenden Umständen weiter zu erhalten, wenn ihm nicht ein städtischer Zuschuß gewährt würde. Der Direktor berechnet sein Defizit im vergangenen Jahre auf 32,300 Mark. — Die Finanz-Kommission hält die Angaben des Direktors für übertrieben, erkennt aber an, daß die Klagen desselben über mangelnden Besuch gerechtfertigt, sie erkennt ferner an, daß sich Herr Direktor Cabisius bemüht, das Theater auf künstlerischer Höhe zu erhalten und sie empfiehlt Annahme auch des Baarzuschusses, auch in der Versammlung wird dagegen kein Widerspruch laut.

Bei Kap. 3 stellt Herr Malkewitz dem Magistrat anheim, ob es sich nicht empfehle, die Aufnahmegelder für die Fortbildungsschüler fortfallen zu lassen

Weitere Einwendungen gegen Titel IV. werden nicht gemacht.

Titel V. (Armenpflege) schließt in Einnahme mit 143,389.63 Mark, in Ausgabe mit 585,025.16 Mark, so daß ein Zuschuß von 441,635.53 Mark nöthig ist, gegen das Vorjahr um 10,571.50 Mark mehr, welcher Mehrzuschuß hauptsächlich durch das Wachsen der Bevölkerung bedingt ist, insbesondere mußten für die äußere Armenpflege zu Unterstützungen in baarem Gelde u. s. w. 12,000 Mark mehr angesetzt und außerdem für die Unterbringung von 16 Geisteskranken in Bergquell 9500 Mark eingestellt werden. Für das Krankenhaus ergiebt sich ein Mehrzuschuß von 2527.50 Mark, die Abonnementsbeiträge sind um 500 Mark höher, dagegen die Einnahme für zahlende Kranke um 1000 Mark niedriger eingestellt. Im Krankenhause sind während des Kalenderjahres 1888 zusammen 1945 Kranke mit 64,786 Tagen verpflegt, davon in Klasse 1 5 Kranke mit 113 Verpflegungstagen, in Klasse 2 46 Kranke mit 1539 Tagen, in Klasse 3 mit Zahlung 906 Kranke mit 22,260 Tagen und ohne Zahlung 988 Kranke mit 40,874 Tagen. Von den zahlenden Kranken 3.

Klasse wurden verpflegt mit persönlicher Zahlung 66 Kranke mit 1416 Tagen, Abonnenten 158 Kranke mit 3083 Tagen, für Rechnung der Ortskrankenkassen 441 mit 10,125 Tagen, für Rechnung der Kreiskrankenkasse Randow 13 mit 269 Tagen, für Rechnung der Kommune Grabow 36 mit 2076 Tagen und für Rechnung von Privaten, welche Garantie geleistet, 192 mit 5291 Tagen. — Besondere Bemerkungen werden bei dem Titel nicht gemacht.

Titel VI. (Polizeiliche Angelegenheiten) ergiebt in Einnahme 39,775.40 Mark, in Ausgabe 324,295.80 Mark, so daß ein Zuschuß von 284,520.40 Mark verbleibt, gegen das Vorjahr um 14,062.89 Mark mehr. Die Mehrausgaben sind erforderlich für Durchführung einer besseren Beleuchtung (ca. 10,000 Mark) und für die Vermehrung der öffentlichen Brunnen vor dem Königs- und dem Berlinerthor. — Zu Bemerkungen giebt auch dieser Titel keine Veranlassung, nur giebt die Finanz-Kommission in Erwägung, ob sich die Einrichtung von Bedürfniß-Anstalten für Frauen nicht empfehle.

Titel VII. (Feuerlöschwesen) schließt in Einnahme mit 12,608 Mark, in Ausgabe mit 97,577.23 Mark, so daß ein Zuschuß von 84,969.23 Mark erforderlich ist, gegen das Vorjahr um 2136 Mark mehr. Dieser Mehrzuschuß entsteht in Folge der Kosten (650 Mark) für Einrichtung einer Feuermeldestation in der Bugenhagenschule, für Herstellung einer unterirdischen Leitung zu derselben, sowie von der Kronenhofstraße bis zur Blücherstraße (zusammen 1450 Mark). — Die Finanz-Kommission ersucht den Magistrat eine Bekanntmachung zu erlassen, in welcher die Hauseigenthümer im eigenen Interesse ersucht werden, in den Hausfluren der Häuser Plakate anzubringen, aus denen die nächste Feuermeldestelle ersichtlich sei.

Weitere Bemerkungen veranlaßt der Titel nicht.

Titel VIII. (Straßen, Plätze, Brücken und Wege) ergiebt in Einnahme 134,186.50 Mark, in Ausgabe 424,399.61 Mark, so daß ein Zuschuß von 290,213.11 Mark verbleibt, gegen das Vorjahr ein Mehrzuschuß von 75,841.50 Mark. — Es sind eingestellt: für Umpflasterung der Wallstraße am Zachariasgang 4000 Mark, für Aufhöhung des schwarzen Dammes 8000 Mark, für Aufhöhung der Moltkestraße zwischen Pölitzer und Augustastraße 9300 Mark, für provisorische Pflasterung der Straße 19 3700 Mark, für Umpflasterung der Papenstraße zwischen Rosengarten und Breitestraße 6400 Mark, für Regulirung und Umpflasterung der Klosterstraße und Petrikirchenstraße 45,480 Mark, für Regulirung und Neupflasterung der Straßen längs der Häuserfronten am Königsplatz 37,000 M., für Regulirung und Neupflasterung der Straßen am Paradeplatz sind zusammen 172,380 M.; ferner sind eingestellt für Reparatur des Straßenpflasters und der Kanalbrücken 50,000 Mark und für ortsstatutarische Herstellung der Bürgersteige 52,880 Mark. Von größeren Posten enthält dieser Titel außerdem noch 20,000 Mark zum Ankauf von Terrain zur Straßenverbreiterung vorbehaltlich besonderer Genehmigung im einzelnen Falle, 10,000 Mark für Unterhaltung sämmtlicher Straßen außerhalb der Stadt und 8000 Mark für die Unterhaltung der ehemaligen Provinzial-Chausseen.

Die Finanz-Kommission beantragt, die Um- und Neupflasterungen nur theilweise zu bewilligen, die Aufhöhung der Moltkestraße bittet sie einstweilen nicht, sondern nur eine Reparatur vorzunehmen, da es sich empfehle, die Aufhöhung mit der übrigen Regulirung vorzunehmen; ferner bittet sie, von der für Regulirung und Umpflasterung der Klosterhof- und Petrikirchenstraße eingesetzten Summe von 45,480 Mark 33,000 Mark abzusetzen, da der Rest für die Regulirung, soweit sie sich in diesem Jahre ausführen lasse, genüge. — Weiter wird beantragt, die für Regulirung der Straße am Paradeplatz eingesetzte Summe von 58,500 Mark abzusetzen, dagegen die Regulirung der Louisen- und der kleinen Domstraße zu beschließen und für erstere 20,000 Mark, für letztere 22,300 Mark in den Etat einzustellen. Die Finanz-Kommission rechnet durch diese Aenderungen eine Ersparniß von 58,000 Mark aus. Herr Decker empfiehlt, bei Regulirung der kleinen Domstraße auf Verbreiterung der Bürgersteige Rücksicht zu nehmen. Herr Kurz empfiehlt, bei Regulirung der Louisenstraße mit der Straßenbahn-Gesellschaft in Verbindung zu treten, damit auf dieser Straße ein Doppelgeleise ausgeführt werde.

Die Anträge der Finanz-Kommission werden genehmigt, ebenso der Antrag, den Magistrat zu ersuchen, eine Aufstellung zu machen, wie hoch sich die Kosten der Regulirung der Straßen am Paradeplatz nach dem Plane des Gartenbau-Inspektors Mächtig stellen würde.

Bei Kapitel 2, Verbesserungen der Straßen, wird bei dem Magistrat angefragt, ob sich die Trottoirlegung in Torney und an der linken Seite der Pölitzerstraße vom Reichsgarten bis zum Schulhause nicht ermöglichen lasse.

Herr Petermann fragt an, ob die Trottoirlegung auf der Lastadie nicht fortgesetzt werde.

Herr Baurath Kruhl entgegnet, daß einige Hausbesitzer sich geweigert hätten, ihren Beitrag zu zahlen.

Weiter giebt der Titel zu Bemerkungen nicht Veranlassung.

Titel IX. (Unterhaltung der Hafen- und Handels-Anstalten) schließt in Einnahme mit 245,125 Mark, in Ausgabe mit 501,047.99 Mark, so daß ein Zuschuß von 255,922.99 Mark verbleibt, gegen das Vorjahr um 5979 Mark weniger.

Der Titel wird ohne Debatte genehmigt, ebenso

Titel X. (Staatliche und Provinzial-Angelegenheiten); derselbe verspricht in Einnahme 61.690 Mark und verlangt in Ausgabe 178 807 Mark, so daß ein Zuschuß von 117.117 Mark verbleibt, gegen das Vorjahr um 10,175 Mark mehr. Der Provinzial-Abgabenbeitrag ist mit 98,000 Mark (gegen 88,000 Mark im Vorjahr) eingestellt, ferner sind die Kosten für Aufstellen der Reichstagswahllisten mit 2800 Mark in Ansatz gebracht.

Titel XI. (Verwaltung der städtischen Liegenschaften durch Selbstbewirthschaftung) schließt in Einnahme mit 105,478.69 Mark, in Ausgabe mit 116,711.44 Mark, so daß ein Zuschuß von 11,232 75 Mark nöthig wird, gegen das Vorjahr um 24,363.55 Mark weniger. Hier ist der Ueberschuß aus den Forsten um ca. 4500 Mark höher veranschlagt; dagegen erwächst bei der Verwaltung der Kirchhöfe in Folge der Nothwendigkeit einer Erweiterung des Nemitzer und Pommerensdorfer Kirchhofs eine Ausgabe von 23,800 Mark und für Anlage neuer Wege eine solche von 3615 Mark. — Der Titel wird genehmigt.

Titel XII. (Verpachtung und Vermiethung von Grundstücken und Häusern) ergiebt in Einnahme 651,149.40 Mark, in Ausgabe 92,289.36 Mark, so daß ein Ueberschuß von 558,860.04 Mark verbleibt, gegen das Vorjahr um 13,903.54 Mark mehr. — Zu besonderen Bemerkungen giebt der Titel keine Veranlassung, auch nicht

Titel XIII. (Aus aufgehobenen Eigenthums-Verhältnissen); derselbe schließt in Einnahme mit 9329.14 Mark, in Ausgabe mit 5142 90 Mark, bleibt ein Ueberschuß von 4186 24 Mark, gegen den vorjährigen Etat um 27 25 Mark weniger. (Schluß f.)

Deutschland.

Berlin, 15. März. Der Kaiser begab sich gestern Vormittag gelegentlich einer Ausfahrt nach dem Atelier des Professors Anton v. Werner und gewährte demselben eine etwa einstündige Sitzung. Darauf fuhr der Kaiser nach der Wohnung des Staatssekretärs Grafen Herbert Bismarck, um dort einen kurzen Vortrag desselben entgegen zu nehmen. Um 1 Uhr Nachmittags empfing der Kaiser den Besuch des Großherzogs von Hessen und der Prinzessin Alix von Hessen und die erbprinzlich sachsen meiningenschen Herrschaften. Gegen 6 Uhr entsprach der Kaiser einer Einladung des Flügeladjutanten Majors v. Kessel zum Mittagsmahl.

Heute Vormittag unternahmen der Kaiser und die Kaiserin eine gemeinsame Spazierfahrt nach dem Thiergarten.

— „W. T. B." meldet aus Straßburg i. E., 15. März:

Zu Ehren des Präsidenten Schlumberger fand gestern Abend ein vom Landesausschuß gegebenes Festessen statt. An demselben nahmen auch der Statthalter Fürst Hohenlohe mit seinem persönlichen Gefolge, der Staatssekretär und der Unterstaatssekretär Theil. Nach einer vom ersten Vizepräsidenten Freiherrn Zorn von Bulach gehaltenen Rede ergriff der Staathalter das Wort und brachte folgenden Trinkspruch aus: „Meine Herren! Die Begrüßung des ersten Vizepräsidenten, des Freiherrn Zorn von Bulach, verpflichtet mich zu aufrichtigem Dank, den ich ihm und Ihnen, die Sie seinen Worten zugestimmt haben, hiermit aussprechen will. Die Rede giebt mir die erfreuliche Gewißheit, daß die wenigen Worte, die ich in letzter Zeit an die Mitglieder des Landesausschusses gerichtet habe, auf guten Boden gefallen sind und einen freundlichen Widerhall gefunden haben. Sie sagt aber noch mehr, sie giebt mir die Versicherung, daß meine Bemühungen, die Hindernisse zu beseitigen, die noch der normalen Entwickelung unseres Landes entgegenstehen, auf die loyale vertrauensvolle Mitwirkung der Mehrheit des Landesausschusses rechnen können. Das ist viel, das ist von großer Bedeutung, denn in dem einträchtigen Zusammengehen von Regierung und Volksvertretung liegt die Gewähr für das Gedeihen eines Staates. Und wenn auch hier und da Meinungsverschiedenheiten scheinbar störend dazwischentreten, so sind wir doch in wesentlichen Dingen einig. So glaube ich denn mit Zuversicht in die Zukunft blicken zu dürfen und wenn ich heute das Glas erhebe auf den Landesausschuß, so darf ich wohl ohne Illusion sagen: Ich trinke auf das Wohl treuer Freunde im Reichslande. Der Landesausschuß und seine Präsidenten leben hoch!"

— Einer Mittheilung des „W. T. B." aus Washington, 14. März, zufolge sind zu Vertretern der Regierung der Vereinigten Staaten auf der in Berlin stattfindenden Samoa-Konferenz John Kasson, William Phelps und George Bates ernannt worden.

— Der französische Handelsminister hat von dem finanziellen Direktor der Pariser Weltausstellung einen Bericht über die Betheiligung des Auslandes erhalten. Nur wenige Staaten sind durch offizielle Komitees vertreten, aber die meisten haben den betreffenden Privatkomitees Beiträge zukommen lassen:

Großbritannien (Privatkomitee) keine Subvention, aber an Garantiekapital der Aussteller von $1\frac{1}{2}$ Million Franken. Belgien (Privatkomitee) Staatsbeitrag 600,000 Franken. Spanien (Privatkomitee) Staatsbeitrag 500,000 Franken. Schweiz (offizielles Komitee) Staatsbeitrag 450,000 Franken. Rumänien (Privatkomitee) Staatsbeitrag 200,000 Franken. Norwegen (offizielles Komitee) Staatsbeitrag 140,000 Franken. Dänemark (Privatkomitee) Staatsbeitrag 140,000 Franken. Portugal (Privatkomitee) Staatsbeitrag 137,000 Franken. Griechenland und Serbien haben offizielle Komitees, aber der Staatsbeitrag ist noch nicht bestimmt. Rußland, Italien, Oesterreich und Niederlande haben Privatkomitees ohne Staatsbeiträge, aber mit Garantiekapital der Aussteller. Gar nicht vertreten werden sein: Deutschland, Schweden, Türkei und Montenegro. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben 1,200,000 Franken bewilligt; Mexiko wird offiziell vertreten sein mit noch nicht bestimmter Unterstützung. Alle Republiken Südamerikas werden auf dem Marsfeld ihre eigenen Räumlichkeiten haben. Offiziell vertreten werden sein: Japan mit Beitrag von 500,000 Franken, Siam und Persien. China betheiligt sich nicht offiziell, aber eine Zahl chinesischer Kaufleute haben sich auf dem Marsfeld einen Platz gesichert. Egypten wird durch ein Privatkomitee mit 120,000 Franken vertreten. Marokko und Transvaal haben offizielle Komitees bestellt.

Ausland.

Paris, 15. März. Die Majorität für die Genehmigung der Verfolgung der Deputirten Laguerre, Laisant und Turquet besteht aus 317 Republikanern, unter der Minorität sind 162 Konservative, 17 Boulangisten, 35 Republikaner; 49 Deputirte enthielten sich der Abstimmung oder fehlten, unter den ersteren befinden sich die drei Deputirten, auf welche sich die nachgesuchte Genehmigung bezieht. Bis heute früh hat keine weitere Verhaftung von Mitgliedern der Patriotenliga stattgefunden. Die republikanischen Journale billigen fast einhellig die Ertheilung der Ermächtigung, „Pair" und „XIX. Jahrhundert" sprechen ihr Bedauern über die antiliberale Maßregel aus, die konservativen Blätter werfen den Republikanern vor, mit ihren Prinzipien gebrochen zu haben, „La Presse" nennt den Tag einen für den Boulangismus wunderbar guten, das Wahlprogramm sei nun vervollständigt. „Clairon", das neue Organ der Patriotenliga, sagt, jetzt habe Boulanger das Wort und müsse zum Lande sprechen.

London, 14. März. Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureaus" aus Malta ist das am 9. d. Mts. bei Comino, unweit Malta, gestrandete englische Panzerschiff „Sultan" heute gesunken.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 16. März. Dem Bericht über die Geschäftsthätigkeit der hiesigen Sparkasse im Jahre 1888 entnehmen wir Folgendes: Der Bestand an Spareinlagen ult. 1887 betrug 19,992,792.06 Mark. Im Laufe des Jahres wurden von 36,571 einzelnen Interessenten 6,534,724.79 Mark eingezahlt und an 25,234 einzelne Interessenten 5,751,866.22 Mark ausgezahlt, an Zinsen auf ganz eingelöste Guthabenbücher wurden 52,132.51 Mark gezahlt, die am Jahresschluß berechneten Zinsen betrugen 567,563.67 Mark. Der Spareinlagen-Bestand am Schlusse des Jahres betrug 21,343,214.91 Mark, der Reservefond 2,164,067.63 Mark. Die Zinsüberschüsse belaufen sich auf 210,143.95 Mark, an anderen Konti's sind 39,289 Mark vorhanden, an Hypotheken 5,224,522 Mark, in Papieren 17,222,300 Mark, in Lombard-Darlehen 681,530 Mark. Die Verwaltungskosten betrugen 28,570 Mark. — Seit Errichtung der Sparkasse im Jahre 1823 sind zu milden Zwecken aus derselben bereits 1,988,810 Mark gezahlt.

— Die Saison neigt sich mehr und mehr ihrem Ende und sie war in diesem Jahre sehr gabenreich, besonders an größeren Konzerten und Aufführungen war kein Mangel. Es wäre aber doch keine rechte Saison gewesen, wenn nicht auch, wie alljährlich, einer unserer beliebtesten Frauenchöre sich noch in einem Konzerte vorgestellt und seine zahlreichen Freunde um sich versammelt hätte. Wir meinen Frl. Hedwig Wilsnach mit ihren Schülerinnen; dieselbe wird Dienstag, den 19. d. M., in der Abendhalle ein Konzert veranstalten, welches ein sehr reiches Programm bringt. Lieder, Arien, Duette und Chöre wechseln und wir finden u. A. Kompositionen von Bach, Loewe, Beethoven, Schubert, Schumann, Franz Haydn, Bruch, Hiller, Zitelmann 2c. Bei einem Konzert von Fräulein Wilsnach bedarf es keiner besonderen Aufforderung zum zahlreichen Besuch, wir zweifeln nicht, daß auch am Dienstag die Abendhalle bis zum letzten Platz besetzt ist.

— Eins der vielseitigsten und vielbeschäftigtsten Mitglieder unserer Bühne, Frau Brauny, hat Montag, den 18. d. M., ihr Benefiz und hat zu demselben Rosens lustigen Schwank „O diese Männer!" gewählt. Da während der ganzen Saison das Lustspiel sehr stiefmütterlich behandelt ist und ein heiterer Abend in sicherer Aussicht steht, ist im Interesse der talentvollen Benefiziantin ein zahlreicher Besuch zu wünschen.

— Die 29. Generalversammlung des Verbandes deutscher Müller tagt in den Tagen vom 25. bis 29. Mai in Berlin. Die Verhandlungen finden im großen Saale des Architektenhauses statt.

— Der 8. deutsche Geographentag wird am 24., 25. und 26. April in Berlin abgehalten werden. Da die höheren Schulen schon am 25. April wieder ihre Lehrkurse beginnen, hat der Kultusminister, der „N. Pr. Ztg." zufolge, auf Antrag des Zentralausschusses des Geographentages gestattet, daß denjenigen Lehrern, welche an diesen Schulen das Fach der Geographie in den oberen und mittleren Klassen vertreten und dem Geographentag beizuwohnen wünschen, behufs Erreichung dieses Zweckes ein Urlaub für die Osterwoche ertheilt werde.

— Herr Theodor Haßlinger, der technische Leiter der Portland-Zement-Fabrik „Stern", ist am Donnerstag Abend plötzlich in Folge eines Herzschlages verstorben. Der Verstorbene, welcher im 60. Lebensjahr stand, hat sich in weitesten Kreisen allgemeiner Achtung erfreut. Die Fabrik „Stern" verliert in ihm ihren Mitbegründer und thätigsten Arbeiter.

— Ein für Hausbesitzer sowohl als Hundebesitzer interessanter Fall ereignete sich am 13. d. M. Der Besitzer des Hauses Breitestr. 25 gab seinem Arbeitsmann den Auftrag, das Dach vom darauf liegenden Schnee zu reinigen. Als derselbe den Auftrag ausgeführt hatte und Dach und Bodenraum verließ, bemerkte er nicht, daß der ziemlich große Hund seines Herrn auf dem Boden zurückgeblieben war. Der Hund wurde später auch vermißt, doch glaubte man, er würde sich bald von selbst wieder einfinden. Nach mehreren Stunden muß wohl der Hund die Stimme seines im Hofe weilenden Herrn oder des Arbeiters, welch letzterem er auch sehr zugethan ist, vernommen haben und dadurch ohne jegliche ihm zu Theil gewordene Aufmunterung den Entschluß gefaßt haben, seinem Gefängniß zu entfliehen. Plötzlich sprang er mit mächtigem Satz aus einer Dachluke in den Hof hinab und jagte den daselbst versammelten Personen durch sein unvermuthetes Erscheinen keinen geringen Schreck ein. Zum Glück blieb es für die anwesenden Personen beim bloßen Schreck; schlechter ist natürlich der Hund weggekommen, indem er sich beim Niederspringen nicht unbedeutende Beschädigungen zugefügt hat, die allerdings unter der angewandten sorgsamen Pflege seine Wiederherstellung noch zulassen werden. Aus solchem Anlaß ist zur Genüge zu ersehen, wie vielerlei unbeachtete Dinge Unfälle herbeiführen können, für welche ein Haus- resp. Hundebesitzer haftbar gemacht werden kann.

— Das königl. Eisenbahn-Betriebs-Amt (Direktionsbezirk Bromberg) macht bekannt: Die Strecke Stolp-Lauenburg ist durch Schneeverwehung gesperrt. Züge können auf dieser Strecke in den ersten 24 Stunden voraussichtlich nicht verkehren.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Mit 50 Pf. Aufzahlung. Zweiter Abend im Opern-Zyklus. Zum 10. Male: „Silvana."

Bankwesen.

(Schwedische Reichshypothekenbank 4 pCt. Pfandbriefe von 1878.) Die nächste Ziehung findet Ende März statt. Gegen den Koursverlust von ca. 3 pCt. bei der Auslosung übernimmt das Bankhaus Karl Neuburger, Berlin, Französische Straße 13, die Versicherung für eine Prämie von 5 Pf. pro 100 Mark.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Danzig, 15. März. Das königliche Eisenbahn-Betriebsamt macht bekannt: Wegen Schneeverwehung sind die Strecken Lappin-Carthaus und Berndt-Hohenstein gesperrt. Dauer der Störung noch nicht abzusehen; das Schneetreiben hält an.

Wien, 15. März. Im Abgeordnetenhause wurde von der Regierung heute eine Vorlage betreffs Einbeziehung des Hafens von Triest in das Zollgebiet eingebracht.

Paris, 14. März. Die Streitigkeit zwischen Cassagnac und Burdeau, welche zu einer Herausforderung führte, ist beigelegt. Auch in Betreff der zwischen Arene und Prevost de Launay, Pichon und Laguerre schwebenden Streitigkeiten gilt eine gütliche Beilegung als wahrscheinlich.

Paris, 15. März. Zu dem boulangistischen Bankett, welches nächsten Sonntag in Tours stattfindet, beabsichtigen die in den Prozeß gegen die Patriotenliga verwickelten Deputirten, falls sie inzwischen nicht etwa verhaftet werden sollten, Boulanger zu begleiten. Bis jetzt haben irgend welche Verhaftungen aus Anlaß des Prozesses gegen die Patriotenliga nicht stattgefunden.

London, 15. März. Das Reuter'sche Bureau meldet aus Sansibar von gestern, der Sultan habe den von Dr. Peters gemietheten, gestern von Aden eingetroffenen Somaliträgern nicht gestattet, in Sansibar zu landen, dieselben vielmehr auf einem ihm gehörigen Dampfer nach Dar-es-Salam bringen lassen.

Wasserstand.

Oder bei Breslau, 14. März, 12 Uhr Mittags, Oberpegel — Meter, Unterpegel 0,78 Meter. Oppeln, 14. März, 8 Uhr Vormittags, Unterpegel 3,78 Meter. Brieg, 14. März, 8 Uhr Vormittags, Oberpegel 6,26 Meter, Unterpegel 4,98 Meter. Steigt langsam. — Warthe bei Posen, 14. März, Mittags, 1,42 Meter.